

## Schweiz

# Junge sehen schnelle Öffnung skeptisch

**Zweite Tamedia-Umfrage zur Krise** Die Gegner der Corona-Massnahmen befinden sich klar in der Minderheit. Ein grosser Teil der Bevölkerung möchte gar noch langsamer zur Normalität zurückkehren.

Jacqueline Büchi

Sie wollen ein Ende aller Lockdown-Massnahmen. Jetzt, sofort. Am Wochenende zogen wieder einige Hundert Menschen mit Transparenten durch Schweizer Städte, um gegen die Corona-Massnahmen zu demonstrieren. Dass die Geschäfte und Restaurants seit vergangener Montag wieder offen sind, ist für sie ein schwacher Trost.

Menschen mit dieser Einstellung sind in der Schweiz allerdings in einer krassen Minderheit, wie die zweite Tamedia-Umfrage zur Corona-Pandemie zeigt. Die meisten finden das Tempo, das der Bundesrat mit seiner Lockerungsstrategie anschlägt, gerade richtig. Und den anderen geht die Rückkehr in die Normalität eher zu schnell als zu langsam.

Konkret gaben 38 Prozent der über 26'000 Befragten an, dass für sie die Geschwindigkeit der Lockerungen zu hoch sei. In der jüngeren Bevölkerung sind diejenigen, die lieber noch etwas länger im Lockdown ausharren würden, sogar in der Überzahl. Nur 15 Prozent finden hingegen, das öffentliche Leben werde zu langsam wieder hochgefahren.

## Das Gruppenverbot soll bestehen bleiben

Die nächste Lockerungsetappe ist für den 8. Juni vorgesehen. Unter anderem könnte dann das Verbot für Gruppen von mehr als fünf Personen in der Öffentlichkeit fallen. Ob die Zeit dafür tatsächlich reif ist, entscheidet der Bundesrat voraussichtlich kommende Woche.

Derzeit wäre es den meisten Befragten recht, wenn die Landesregierung damit noch etwas zuwarten würde. 54 Prozent erachten es als zu früh, wenn sich ab dem 8. Juni bereits wieder grössere Menschengruppen in der Öffentlichkeit treffen dürfen. Knapp jeder Dritte möchte dieses Bild frühestens im September wieder sehen.

Die Präferenzen sind dabei in allen politischen Lagern ähnlich. Zwar gibt es in der Basis der SVP etwas mehr Menschen als anderswo, die das Gruppenverbot rasch aufheben wollen. Aller-



Der Weg zurück in die Normalität ist noch weit: Plexiglaswände trennen Gäste vor einem Zürcher Restaurant. Foto: Urs Jaudas

dings sind diese Stimmen auch dort in der Minderheit.

«In dieser Krise ist man nicht primär eine SP- oder eine SVP-Wählerin», analysiert Politologe Fabio Wasserfallen, «sondern ein Mensch, der sich mehr oder weniger vor dem Virus fürchtet». Die Umfrage zeigt nämlich deutlich: Kein anderer Faktor prägt unsere Haltung in der Krise so stark wie die Frage, ob wir persönlich Angst haben vor einer Ansteckung. «Selbst unsere Einschätzung, wie gravierend die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind, ist davon abhängig.»

So sind sich die meisten Befragten einig, dass es für eine Öffnung der Clubs noch zu früh ist. Auch die meisten der jüngsten Altersgruppe halten dies frühestens im September für opportun. Eine Mehrheit steht auch einer baldigen Grenzöffnung skeptisch gegenüber. Wobei die Umfrage durchgeführt worden war, kurz bevor Justizministerin

Karin Keller-Sutter für Mitte Juni eine Öffnung der Grenzen zu Deutschland, Österreich und Frankreich in Aussicht stellte.

Politologe Wasserfallen betont, in solchen Fragen ändere

sich die Haltung der Bevölkerung rasch: «Wir stellen fest, dass das Vertrauen in den Bundesrat derzeit extrem hoch ist. Wenn er eine Lockerung für sinnvoll befindet, werden ihm viele Bür-

gerinnen und Bürger in dieser Einschätzung folgen.»

## Der neue SBB-Chef will keine Maskenpflicht im ÖV

Im Hinterkopf haben dabei viele Befragte das Szenario einer zweiten Infektionswelle. Über 60 Prozent rechnen damit, dass es zu einer solchen kommt. Entsprechend gross ist auch die Bereitschaft zur Beteiligung an Präventionsmassnahmen. Sechs von zehn Personen wollen die geplante Contact-Tracing-App sicher oder eher herunterladen. Die App soll Smartphone-Nutzer warnen, wenn diese letztes nahen Kontakt mit einer positiv getesteten Person hatten. Persönliche Daten sollen nicht weitergegeben werden.

Wenn es schliesslich um die breit diskutierte Maskenfrage geht, zeigt sich die Bevölkerung von ihrer differenzierten Seite. Während 68 Prozent eine Maskenpflicht im öffentlichen

Verkehr befürworten und die Massnahme auch in Coiffeursalons breit akzeptiert ist, wollen die meisten in Restaurants, Bars oder Schulen nichts von einem Obligatorium wissen.

Bisher geben übrigens die wenigsten an, selbst mit Mund-Nasen-Schutz ins Tram oder in den Zug zu steigen. «Man ist natürlich gern vor den Viren der anderen geschützt – selber den ersten Schritt zu machen, fällt aber offensichtlich vielen schwer», so Fabio Wasserfallen. «Die Empfehlung wird leider nur schlecht umgesetzt», sagte Andreas Menet, der Präsident des Zugpersonalverbandes, der «NZZ am Sonntag». Selbst in gut gefüllten Wagen würden kaum Masken getragen, beklagt die Zürcher Sektion im Verband des Personals öffentlicher Dienste.

Entsprechend verunsichert ist das Zugpersonal. Es wünscht sich, dass die blosser Empfehlung zum Maskentragen verschärft werde, sagt Personalvertreter Menet. Er fordert ein generelles Obligatorium. Geprüft werde, wie man dieses Anliegen in die Politik tragen will. Der neue SBB-Chef Vincent Ducrot hingegen will von einer Pflicht, Maske zu tragen, nach wie vor nichts wissen. Man halte sich diesbezüglich an die Abmachungen mit dem Bund. Ähnlich tönt es bei anderen Verkehrsunternehmen.

Nicht wenige glauben, dass die Krise die Welt, wie wir sie kennen, verändern wird. 40 Prozent gehen davon aus, dass sich unsere Einstellung zur Globalisierung durch die Krise wandelt und lokale Produktions- und Lieferketten wichtiger werden. Weitere 35 Prozent erwarten dies punktuell. Jeder Fünfte rechnet nicht mit einem solchen Umdenken, der Rest machte keine Angaben dazu.

Optimistisch zeigen sich viele, was die Ferienplanung betrifft. So hat jeder Dritte im Sinn, noch dieses Jahr Ferien im Ausland zu machen, viele haben bereits gebucht. Nur jeder Fünfte plant fix Ferien in der Schweiz. Dem Aufruf von Finanzminister Ueli Maurer, ebendieses zu tun, folgen SVP-Wähler dabei übrigens nicht eher als Sympathisanten anderer Parteien.

## Tamedia-Umfrage: Aufhebung des Versammlungsverbots

Wann soll das Verbot für Gruppen von mehr als fünf Personen aufgehoben werden?

Total 26'145 gewichtete Antworten, in Prozent

■ Vor dem 8. Juni ■ Am 8. Juni ■ Nach dem 8. Juni  
■ Frühestens im September ■ Weiss nicht

Partei	Vor dem 8. Juni	Am 8. Juni	Nach dem 8. Juni	Frühestens im September	Weiss nicht
SVP	22	20	23	31	4
Grüne	13	28	22	30	7
GLP	13	27	30	24	6
FDP	13	26	29	25	7
CVP	13	26	25	27	9
SP	11	26	29	28	6

Gratik: mruel/Quelle: Umfragetag: 14. Mai 2020. Maximaler Stichprobenfehler/ bereich: +/-1,4 Prozentpunkte. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Leewas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Weitere Informationen unter [www.tamedia.ch](http://www.tamedia.ch).

# Türkische Spitzel bekommen es mit dem Staatsschutz zu tun

**Denunzierung von «Terroristen»** Ein Paar aus der Genferseeregion brandmarkte Schweizer Bekannte in der Türkei.

Ein türkisches Ehepaar, das in der Waadt lebt, soll politischen Nachrichtendienst betrieben haben, indem es der Polizei in der Türkei Informationen über Bekannte aus der Schweiz lieferte. Die Bundesanwaltschaft hat im April ein Strafverfahren gegen die beiden Verdächtigen eröffnet, wie sie auf Anfrage bestätigt. Für das Paar, das für einen Kommentar nicht erreichbar war, gilt die Unschuldsvermutung. Vertreter der Türkei nahmen keine Stellung zum Fall.

Bevor die Staatsschutzabteilung der Bundesanwaltschaft mit den Ermittlungen loslegen kann, braucht es die Zustimmung von Justizministerin Karin Keller-Sutter und allenfalls

anderer Bundesräte. Dies ist bei Spionagefällen wegen der politischen Komponente vorgeschrieben. Die Bundesanwaltschaft hat Keller-Sutters Departement nach eigenen Angaben um die notwendige Ermächtigung ersucht.

Aufgeflogen ist die mutmassliche Spitzelaktion durch Zufall. Ein Familienvater aus der Region wollte vor rund zwei Jahren auf dem türkischen Konsulat in Genf die Pässe seiner beiden Kinder erneuern. Doch das erwies sich als unmöglich. Darauf stellte der Mann, der für ein international tätiges Schweizer Unternehmen arbeitet, Nachforschungen in der Türkei an. So kam er an Polizei-protokolle heran, aus denen her-

vorging, dass seine und weitere Familien in Izmir als Teil einer gülenistischen Gemeinschaft in der Schweiz gebrandmarkt worden waren.

## Verdächtige waren Kollegen

Die mutmasslichen Spitzel waren wie mehrere der Angeschwänzten Teil einer gülenistischen Gruppe am Genfersee gewesen. Seit dem gescheiterten Putsch 2016, für den die Erdogan-Regierung den Prediger Fethullah Gülen verantwortlich macht, verfolgt die Türkei dessen Anhänger weltweit.

Vergangenes Jahr erstatteten 13 von der Denunzierung Betroffene aus der Genferseeregion Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft. Ihr Anwalt Duy-

Lam Nguyen bezeichnet die Eröffnung einer Untersuchung durch die Bundesanwaltschaft nun als «eine starke Botschaft an künftige Spitzel» und sagt weiter: «Ein solches Verhalten, das im Namen eines ausländischen Staates begangen wird, muss in der Schweiz verhindert werden. Die Folgen sind für die Familien der Opfer katastrophal.»

Die Denunzierten wurden gemäss eigenen Angaben von der türkischen Verwaltung schikaniert und bekamen teilweise Probleme bei Bankgeschäften. Ein Betroffener erzählt, er sei in die Türkei gereist, um seine Rechte geltend zu machen. Doch habe er unfreiwillig vier Monate festgesessen – ohne Ergebnis.

Die Türkei hat in den vergangenen Jahren mehrere Personen aus der Schweiz monatelang nicht ausreisen lassen und teils sogar ins Gefängnis gesteckt. Ausserdem flogen Pläne zur Entführung eines Geschäftsmannes aus dem Kanton Zürich auf. In die Aktion gegen den eingebürgerten Gülen-Anhänger war auch ein Mitarbeiter der türkischen Botschaft in Bern involviert. Die Bundesanwaltschaft hat zwei von ihnen zur Fahndung ausgeschrieben. In diesem Fall hat ihr der Bundesrat die nötige Ermächtigung für ein Strafverfahren erteilt.

Thomas Knellwolf und Dominique Botti

## Nachrichten

### CVP verteidigt ihren Sitz in der Regierung

**Schwyz** Im Kanton Schwyz bleibt der Regierungsrat in bürgerlicher Hand: Die Stimmberechtigten haben den letzten der sieben Sitze an Sandro Patierno von der CVP vergeben, der auf seinen Parteikollegen Othmar Reichmuth folgt. Die SP, die vor acht Jahren ihr Regierungsmandat verloren hat, bleibt in der Opposition. (sda)

### Flavia Kleiner tritt als Co-Präsidentin zurück

**Operation Libero** Nach sechs Jahren als Co-Präsidentin von Operation Libero tritt Flavia Kleiner zurück. Libero versteht sich als progressive Bewegung und tritt oft als SVP-Gegenspielerin auf. Kleiners Nachfolge soll im Juni geklärt werden. (sda)